

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Postamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichshauptstadt Großenhain, des Amtsgerichts, der Kreisverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1550  
Kontos Riesa Nr. 52.

Nr. 221.

Mittwoch, 22. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Sonntagspreis gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 2 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Besteller durch Abgabe einzelner Aufträge in Anspruch genommen wird. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Spitze. — Im Falle Unruhen durch Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

## Briand im Sattel.

Der französische Außenminister, Herr Briand, hat im Pariser Kabinett seinen Bericht über die Unterredungen, die er in Genf mit Herrn Dr. Stresemann hatte, gehalten. Diejenigen, die geglaubt hatten, daß es schon bei dieser ersten Aussprache der französischen Regierung zu irgend einer Sensation oder zu einer Krise kommen würde, sahen sich getäuscht. Man hat allerdings nicht erfahren, insoweit und ob überhaupt in der fraglichen Kabinettbesprechung Erwähnungen gegen die Art der Briand'schen Politik erhoben wurden. Jedenfalls zeigt der Inhalt des amtlichen Kommuniqués, daß Briand zum mindesten nicht auf eine glatte Ablehnung der Kabinettmehrheit gestoßen ist. Die amtliche Mitteilung, die über die Sitzung erlassen wurde, ist allerdings sehr vorsichtig formuliert. Sie betont lebhaft, daß ein Interesse für diese Aussprache vorhanden ist und daß man ihre Fortführung für möglich ansehe. Somit hat sich die französische Regierung zwar nicht mit dem was Briand in Genf als Grundlage der zukünftigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich vorschlug, bereits schon jetzt einverstanden erklärt, aber sie hat doch zu erkennen gegeben, daß sie im Prinzip einem deutsch-französischen Ausgleich nicht unsympathisch gegenübersteht. Das ist immerhin schon ein Fortschritt. Denn wenn das französische Kabinett einen Ausgleich für notwendig erachtet, dann weiß es auch, daß es zur Erreichung eines solchen Ausgleiches sich zu gewissen Konzessionen zu bequemen hat. Ueber das Ausmaß dieser Konzessionen, die Deutschland gemacht werden müßten, ist allerdings noch nicht entschieden worden, konnte auch noch nicht entschieden werden, da über diese Spezialfrage eine Debatte im Kabinett bis jetzt noch gar nicht stattgefunden hat. Man wird nicht in der Annahme irren können, daß gerade erst die Debatte über das Ausmaß der zu gewährenden Konzessionen an Deutschland, die Briand nicht wohl gekannte Konzeption im Kabinett zu Worte kommen lassen wird. Immerhin läßt das Kommuniqué erkennen, daß man im Kabinett über einen Ausgleich mit Deutschland im Prinzip übereinstimmend erachtet hat. Das dürfte die Aussprache über die Konzessionen und die Forderungen, die Frankreich stellen will, wesentlich erleichtern.

Kennzeichnend für den Geist, der die Welt diplomatie auch der Nachkriegszeit zu treiben versteht, sind die politischen Ausrichtungen, die die allerdings noch sehr in der Luft stehende deutsch-französische Annäherung bereits schon jetzt gezeigt hat. So beginnt man in England bereits mit einer gewissen Skepsis die Verhandlungen zu verfolgen, die den deutsch-französischen Ausgleich vorbereiten sollen. So glaubt sich der „Daily Telegraph“ dazu berufen, Frankreich eine ernstliche Warnung anzubringen zu lassen. Er macht die Pariser Regierung darauf aufmerksam, daß sie doch ihre Forderungen nicht ausgeben könnte, die sie einmal gestellt hätte, und die erstens die geheimen militärischen Gesellschaften in Deutschland und zweitens die Ueberwindung des Reichswehrstabes und Oberkommandos, also die Position des Generals von Seeckt angängen. Das ist, mit Verzeihung zu sagen, eine ganz übertriebene Hebe, die sich das Blatt hier leistet. Chamberlain gebärdete sich doch in Genf als der berufene Protokollist einer deutsch-französischen Einigung. Warum nun auf einmal diese plötzliche Hebe? Im Zusammenhang mit dieser Werturteilung verdient eine englische Meldung erhöhte Bedeutung, die feststellt, daß eine deutliche Annäherung Englands an Italien in London an sich als Antwort auf die deutsch-französische Annäherung begrüßt würde. Auch in Amerika werden verschiedene Stimmen laut, die verdienen, beachtet zu werden. So schreibt die „New York World“, daß selbst, wenn der deutsche Reichstag und die französische Kammer einem solchen Projekt (gemeint ist die Mobilisierung der Eisenbahnstationen) zustimmen sollten, so würde als dritter Faktor noch der amerikanische Bankier fehlen, auf dessen Mitarbeit man angewiesen sei. Die amerikanischen Bankiers aber hielten eine derartige Aktion für verfrüht. Die „New York Times“ hatten den Plan überhaupt für praktisch undurchführbar, zumal, da die deutsche Mark stabilisierung noch nicht alt genug wäre, um sich dem Verkauf von Bonds und Aktien, der in Markwährung geschehen müsse, zu erlauben.

Aus diesem Wenigen ersieht man jedenfalls, daß die Pläne, die Stresemann und Briand in Genf austauschten, auch noch andere Schwierigkeiten zu umgehen haben, bis sich sich ausreizen können. Man wird sich daher wohl oder übel damit abzufinden haben, daß bis zu einem entscheidenden Stadium der Verhandlungen noch recht viel Zeit verfließen wird. Da inzwischen noch allerlei sich ereignen kann, auch unangenehme Ueberraschungen nicht ausgeschlossen sind, so ist es falsch, sich jetzt schon einem allzu großen Optimismus hinzugeben, der eine unter Umständen eintretende Enttäuschung doppelt schmerzhaft gestalten könnte.

## Abrüstungskonferenz im September 1927.

Genf. Die dritte Kommission für Abrüstungsfragen beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Abrüstungskonferenz, wenn nicht materielle Schwierigkeiten eintreten, bis zum September 1927 einzuberufen. Dieser Beschluß bedeutet einen Sieg des französischen Standpunktes gegen den englischen und italienischen, der eine weitere Einseitigkeit der Konferenz gern gesehen hätte.

## Die Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz.

### Solligung der Völkerverammlung.

Genf, 21. September. Die Völkerverammlung, die nach mehrtägiger Unterbrechung heute vormittag wieder eine Volltagung abhielt, nahm zunächst einige Mitteilungen des Präsidiums über die Weltwirtschaftskonferenz an und beschloß auf Vorschlag der Tagesordnungs-Kommission, den von Finnland, Schweden und Polen gestellten Antrag, wonach sich der Völkerverbund mit der Weltwirtschaftskonferenz befassen soll, der nächsten Völkerverammlung zu überweisen.

Das Hauptthema der heutigen Volltagung bildeten die Vorarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz, über die Voucheur, der im vergangenen Jahr die Anregung dazu gegeben hatte, im Auftrag des technischen Ausschusses der Völkerverammlung Bericht erstattete und zu der er die Annahme einer Entschließung empfahl, durch die eine energische Förderung der Vorarbeiten und die Einberufung der Konferenz binnen möglichst kurzer Frist gefordert wird.

In der Begründung erklärte Voucheur, der sich für diesen Teil seiner Rede ausdrücklich als Vertreter der französischen Delegation, nicht als Sprecher des Ausschusses bezeichnete, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage sich seit Aufnahme des Gedankens der Weltwirtschaftskonferenz nicht gebessert habe, daß aber doch die Fortdauer der Nachkriegszeit allmählich einer Auffassung Platz mache, wie sie für die Wirksamkeit der hier geplanten Arbeiten notwendig sei.

Voucheur verweilte dann ausführlich bei den Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz: Schaffung neuer internationaler Organisationen, Bereinigung wirtschaftlicher Zusammenhänge, Protektionismus neu geschaffener Staatswesen, Beeinträchtigung durch die Aufrichtung von Zollmauern und andere Hindernisse. Er machte dabei das bemerkenswerte Zugeständnis an die moderne ökonomische Auffassung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorkriegszeit eine Hauptursache gewesen seien.

Darauf alliierte der Redner die Ausführungen, die Reichsminister Dr. Stresemann in seiner Einleitungsrede in Bezug auf die Wirtschaftsfragen gemacht hat. Er erklärte sich mit Nachdruck als Anhänger der bei dieser Gelegenheit von dem deutschen Delegierten unterrichteten Auffassung, daß der Weg zur Beseitigung der Welt nur über den Abbau dieser Hindernisse führen könne, die in der Kriegszeit und Nachkriegszeit unter Verknüpfung wirtschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten in einer zeitigen Auffassung aufgebracht worden seien, die sich nur aus der Verzerrung der Kriegszeit erklären lasse. Geschickt verbindet Voucheur mit dieser an die deutsche Adresse gerichteten Anerkennung ein Bekenntnis zu den allgemeinen Friedenszielen der zwischen Briand und Stresemann angebahnten Politik, indem er die Zusammenhänge zwischen den Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz und denjenigen der Abrüstungs- und Sicherheitsbestrebungen konstatiert und kurz erläutert, denn eine praktische Weiterentwicklung dieser beiden Probleme werde notwendigerweise zu einer Erleichterung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und damit zu einer Entlastung der weltweiten Wirtschaftsfaktoren führen. Er schloß mit den Worten: In diesem Sinne empfehle ich der Völkerverammlung die Annahme der vorliegenden Resolution, so schwach sie auch sein möge, als ein Mittel zum Vordrängen zu unseren allgemeinen und großen Zielen, zur Arbeit am Frieden und in einem internationalen Zusammenwirken.

Als zweiter Redner sprach namens der deutschen Delegation Reichstagsabgeordneter Freiherr von Rheinbaben. Er führte zunächst allgemein aus, daß Deutschland in dem Augenblick, als die Völkerverammlung des vorigen Jahres den Beschluß zur Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz fasste, noch nicht mitwirken konnte, daß aber schon bei dieser Gelegenheit der Berichterstatter erklärte, daß eine Weltwirtschaftskonferenz ohne Deutschlands Beteiligung in ihren Ergebnissen nur unzureichend sein könne. Deutschland wisse man die großen Gesichtspunkte und die hohe Zielsetzung des damaligen Antrages voll zu würdigen.

Dann legte der Redner in klarer Uebersicht die einzelnen Ursachen dar, die zur weltwirtschaftlichen Zerrüttung geführt haben, um seine Ausführungen in die fast mit Voucheurs Formel übereinstimmende Form ausfließen zu lassen: „Daß eine Epoche sich wandle, verlangt vor allem, daß sie ihr Wesen befreie.“ Der Beschleunigung dieser Erkenntnis soll die Weltwirtschaftskonferenz dienen.

Auf die Einzelheiten des Berichtes übergehend, erklärte der deutsche Vertreter sich damit einverstanden, gewisse grundsätzliche Fragen zum Ausgangspunkt der Konferenz zu machen, deren Richtung durch die Darlegungen Voucheurs und seine eigenen Worte gekennzeichnet wäre. Man müsse sich nicht nur mit allgemeinen Grundfragen befassen, sondern Uebergänge von dem einen in den anderen Zustand finden, die mit äußerst geringem Verlußt in den einzelnen Volkswirtschaften verbunden seien.

Darauf empfahl von Rheinbaben den Abschluß internationaler Vereinbarungen über Produktion und Absatz und unterrichtete die gleichgerichteten vorangegangenen Ausführungen Voucheurs über den Eisenmarkt, der nicht gegen andere gerichtet sei und sich nicht „auf dem Rücken der Allgemeinheit“ abspielen werde, da er in Fühlung mit der eisenerzeugenden Industrie abgeschlossen werde. In Bezug auf die Zusammenlegung der Konferenz forderte der Redner Freilich der Sachverständigen gegenüber Regie-

rungsanweisungen. Bezüglich des Zeitpunktes der Konferenz sprach er dem Vorbereitungsausschuß das Vertrauen aus, daß der dringenden Bedürfnissen der Weltwirtschaftslage Rechnung getragen werden würde.

Nach einer kurzen Erklärung des schwedischen Vertreters Adelswärd, der bedauerte, daß die Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz nicht auf das nächste Frühjahr festgesetzt worden sei, im übrigen aber der Resolution zustimmte, wurde diese einstimmig angenommen.

Einen weiteren Punkt von Interesse auf der heutigen Tagesordnung bildete die Kontrolle der privaten Waffenherstellung, zu der entsprechend den Vorschlägen des dritten Vorbereitungsausschusses eine Entschließung angenommen wurde, in der unter Hinweis auf den engen Zusammenhang dieser Frage mit dem Gesamtproblem der Abrüstung die Notwendigkeit betont wird, daß möglichst bald eine internationale Konvention zur Kontrolle der privaten Waffenherstellung anbahndekommt. Die Vorbereitungen für den Abschluß einer solchen Konvention sollen fortgesetzt und in das Arbeitsprogramm der Abrüstungskonferenz aufgenommen werden, falls diese Konferenz vor der nächsten ordentlichen Völkerverammlung zusammentritt. Im gegenwärtigen Falle soll für den Abschluß dieser Konvention eine besondere Konferenz einberufen werden.

Nach Erledigung der übrigen Tagesordnung, die die Arbeiten der Opiumkommission, die Maßnahmen gegen Frauen- und Kinderhandel und einige Fragen der Flüchtlingsfürsorge behandelte, verlagte sich die Versammlung auf Donnerstag vormittag.

In der Zwischenzeit sollen die Arbeiten der Versammlungsausschüsse, von denen der dritte Ausschuß für Abrüstungsfragen seine Tagung bereits abgeschlossen hat, behufs rascher Abschlußes der gegenwärtigen Völkerverammlung möglichst gefördert werden.

## Reden Dr. Breitfelds und Stresemanns in Genf.

Genf. Bei einem gestern abend von den parlamentarischen Mitgliedern der deutschen Delegation veranstalteten geselligen Beisammensein mit den übrigen Delegationsmitgliedern und einem kleinen Kreis von Gästen hielt der Abgeordnete Dr. Breitfeld eine Rede über die Zusammenarbeit zwischen den parlamentarischen Mitgliedern und der Delegationsführung. „Wir hoffen“, so sagte Dr. Breitfeld u. a., „dem Ziele näher gekommen zu sein und damit auch dem Willen des deutschen Volkes entsprochen zu haben. Dieses Ziel sei die Sicherung des europäischen Friedens, in dem ein gleichberechtigtes Deutschland neben den anderen Mächten stehe. Mit diesem Ergebnis seien alle einverstanden und er fühle sich veranlaßt, dem Reichsaussenminister den Dank der parlamentarischen Delegationsmitglieder für die vertrauensvolle Zusammenarbeit auszusprechen. Die Rede Dr. Breitfelds klang in dem Wunsch aus, daß Dr. Stresemann auf diesem Wege weiter gehen möge und er glaube versichern zu können, daß die in Genf vertretenen Parteien ihn auf diesem Wege begleiten und unterstützen würden. Wegen die, die sich ihm entgegensehen, werden wir kämpfen und die, die nörgeln und nachhaft nebenherlaufen, können wir auf diesem Wege nicht brauchen.“

Hierauf sprach Dr. Stresemann seinen Dank für die Ausführungen Dr. Breitfelds und seine Freude über den schönen Ausklang gemeinsamer Arbeit aus. Der Minister dankte für die wertvolle Unterstützung, die dem gemeinsamen Werke aus der Zusammenarbeit zwischen beamteter und parlamentarischer Delegation zuteil geworden sei. Diese Mitwirkung der Volksvertreter habe in vollem Umfange das gehalten, was er sich bei ihrer Inanspruchnahme davon versprochen habe. Dr. Stresemann schloß mit dem Hinweis darauf, daß er für die Verantwortlichkeiten der Methoden und die Kritik an ihnen volles Verständnis habe und mit dem Wunsch, daß es in der Frage des außenpolitischen Weges, den Deutschland beschritten und weiter zu gehen habe, keine Parteien geben möge.

## Die deutsche Delegation als Gast der deutschen Kolonie Genf und der Nachbarstädte.

Genf. Die Mitglieder der deutschen Delegation waren gestern abend Gäste der deutschen Kolonie Genf und der Nachbarstädte, in deren Kreis Dr. Stresemann mit den Vorsitzenden der verschiedenen Organisationen warmempfundene Ansprachen tauschte.

## Bevorstehende Rückkehr Stresemanns.

Berlin. Wie verlautet, wird Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann heute von Genf abreisen und am Freitag vormittag dem Reichskabinett über seine Unterhaltung mit Briand und die in Thoiry getroffenen Vereinbarungen ausführlich Bericht erstatten.

## Der französische Ministerrat und Thoiry.

Paris. (Zusatzdruck.) Die königliche Zeitung berichtet, daß Dr. Stresemann habe auf dem parlamentarischen Abend Mitteilungen davon gemacht, daß Briand ihm amtlich davon habe verständigen lassen, daß der französische Ministerrat seine Haltung in Genf gebilligt habe, so daß nunmehr mit den technischen Verhandlungen begonnen werden könne.